

## **V-1 Ja zu Demokratie - Nein zur AfD!**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 28.02.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Demokratie und offene Gesellschaft

### **Antragstext**

1 Was viele schon lange wussten, was viele schon lange erlebt haben, wurde mit der  
2 Correctiv Recherche zu einem Geheimtreffen von AfD-Funktionär\*innen und andern  
3 Rechtsextremen schwarz auf weiß bestätigt: die AfD steht für ein Deutschland, in  
4 dem Menschen in Kategorien eingeteilt werden, in dem die Menschenrechte nicht  
5 mehr universell gelten sollen. Menschen, die nicht ins Weltbild der AfD passen,  
6 sollen deportiert werden.

7 Bündnis 90/Die Grünen Berlin sagt ganz klar Nein zu diesen Gewaltphantasien. Wir  
8 stehen und arbeiten für ein Berlin und für ein Deutschland, in dem kein Mensch  
9 in Bezug auf die (zugeschriebene) Herkunft, die sexuelle Orientierung, einer  
10 Behinderung oder der politischen Überzeugung Angst haben muss. Berlin lebt von  
11 der Vielfalt der Menschen, die dieses Land und diese Stadt gestalten. Wir werden  
12 deshalb alles in unserer Macht stehende tun, um die Menschen in unserer Stadt zu  
13 schützen und die Extremist\*innen von AfD, Identitärer Bewegung und Co in ihre  
14 Schranken zu weisen - dazu gehört auch eine entsprechende Schwerpunktsetzung bei  
15 Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaft. Wir rufen alle demokratischen  
16 Mitbewerber\*innen dazu auf gemeinsam die Brandmauer gegen Rechtsextremismus zu  
17 stärken.

18 Wir nehmen sehr ernst, dass Rassismus, Antisemitismus und rechtsextremistisch  
19 motivierte Gewalt, auch aus dem Kreis der AfD und ihrer Anhänger\*innen,  
20 weiterhin zunehmen und viele Menschen schon derzeit hiervon massiv betroffen  
21 sind. Denjenigen, die bereits Opfer rechter Gewalt oder rechten Hasses geworden  
22 sind, wollen wir durch einen Ausbau von Angeboten der Opferhilfe und -beratung  
23 zur Seite stehen.

24 Rechtsextremes Gedankengut lässt sich jedoch nicht per Knopfdruck verbieten.  
25 Demokratiebildung in der Schule, aber auch weit darüber hinaus, muss endlich  
26 auch in unserer Stadt eine größere Priorität eingeräumt bekommen. Das erwarten  
27 wir sowohl vom Regierenden Bürgermeister als auch vom gesamten Senat.

28 Zudem muss konsequent gegen Fake News sowie gegen Hass und Hetze on- und offline

29 vorgegangen werden. Wir setzen uns dafür ein, Extremist\*innen konsequent zu  
30 entwaffnen. Und für diejenigen, die sich entscheiden, die rechtsextreme Szene zu  
31 verlassen, braucht es gut ausgebaute Aussteigerprogramme. Und wer rechtsextremes  
32 Gedankengut vertritt, gehört nicht in den Staatsdienst des Landes Berlin - auch  
33 hier erwarten wir, dass der Senat und die Verwaltung alle ihnen zur Verfügung  
34 stehenden Mittel nutzen und das Disziplinarrecht entsprechend schärfen.

35 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es unsere Aufgabe ist, unsere Demokratie mit  
36 allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Berlin muss prüfen,  
37 welche Maßnahmen erforderlich sind, um Einfallstore zu schließen, die  
38 Extremist\*innen gezielt zur Destabilisierung unserer demokratischen Gesellschaft  
39 und zum Kampf gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung von innen  
40 heraus nutzen können. Wir müssen insbesondere frühzeitig sicherstellen, dass in  
41 Berlin auch im Falle des Erstarkens von rechtsextremen Kräften die  
42 Handlungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses und der Verfassungsgerichtsbarkeit  
43 gewahrt bleibt. Die Verfasser\*innen des Grundgesetzes haben die Möglichkeit  
44 eines Parteiverbots nicht ohne Grund in unsere Verfassung geschrieben - die  
45 Erfahrungen der Weimarer Republik waren ihnen noch zu präsent. Wir sind  
46 verpflichtet, dafür zu kämpfen, dass sich diese Geschichte nicht wiederholt. Ein  
47 Parteiverbotsverfahren mag Zeit in Anspruch nehmen und nicht allein das  
48 bestehende Problem, das Deutschland mit Rechtsextremismus hat, lösen können. Es  
49 ist aber ein weiterer wichtiger Baustein zum Schutz der in unserer Stadt  
50 lebenden Menschen, zum Schutz unserer aller Freiheit. Der Landesausschuss von  
51 Bündnis 90/Die Grünen Berlin spricht sich deshalb dafür aus, ein AfD-Verbot zu  
52 prüfen.